

Beitrag 22 vom 26.01.2026:
Föderalismus in Absurdistan:

Gespräch im Zug: Über die Eingeborenen von Absurdistan:
Ein ausgedachtes Gespräch mit sehr realem Hintergrund:

Bürger B. trifft überraschend auf einer Zugfahrt seinen Bekannten Robin P., der viel in der Welt herumreist und somit immer Interessantes zu erzählen weiß.

Bürger B.: Hallo Robin, das ist ja ein Zufall, dass wir uns hier begegnen.

Robin P.: Ja, ganz recht. Wie geht es Dir?

Bürger B.: Prima. Und selbst?

Robin P.: Eigentlich ganz gut. Ich bin nur ein wenig erschöpft von dem langen Flug und muss erst einmal richtig ausschlafen.

Bürger B.: Wo bist Du die letzte Zeit eigentlich gewesen?

Robin P.: Ich komme gerade aus Absurdistan zurück. Es liegt ungefähr zehn Flugstunden von Frankfurt entfernt. Ein wirklich absonderliches Land.

Bürger B.: Das hört sich interessant an. Erzähl schon, was für Erfahrungen und Eindrücke Du dort hast sammeln können.

Robin P.: Oh, da gibt es wirklich viel Erstaunliches zu berichten. Die Eingeborenen haben zum Teil wahrlich verrückte Angewohnheiten, die ihnen zwar selber schaden, welche sie aber dennoch ganz konsequent beibehalten.

Bürger B.: Jetzt bin ich aber gespannt.

Robin P.: Also schön. Zunächst ein paar Worte zu Absurdistan: Das ganze Land, welches ungefähr halb so groß wie Deutschland ist und

über annähernd 30 Millionen Einwohner verfügt, ist in zehn Grafschaften unterteilt, vergleichbar unseren Bundesländern. Deren Größe variiert sehr stark, und die Grenzen stammen noch aus der Kolonialzeit. Sowohl auf Grafschafts- wie Landesebene hat sich ein parlamentarisch-demokratisches System mit verschiedenen Parteien etabliert. Es herrscht Frieden und ein wenig Wohlstand für alle.

Bürger B.: Das hört sich doch alles sehr gut an.

Robin P.: Stimmt. Nur es könnte den Eingeborenen dort noch sehr viel besser gehen, wenn sie einige Verrücktheiten einfach beseitigten.

Bürger B.: An welche denkst Du?

Robin P.: Zunächst fällt mir dabei die Aufgliederung des Landes in Grafschaften sowie die jeweiligen Zuständigkeiten der beiden Ebenen ein: Für das Schulwesen, die Eisenbahn und die regionalen Straßen sind die Grafschaften zuständig, während die landesweiten Straßen, die Wasserwege, die Außen- und Verteidigungspolitik allein der Landesverantwortung unterliegen. Hochschulen, das Justizwesen, die Wirtschaftsförderung und vieles mehr unterliegen einer äußerst kompliziert gestalteten gemeinsamen Zuständigkeit, die ein Außenstehender wohl nie ganz verstehen wird.

Bürger B.: Mir scheint, dass daraus schwerwiegende Probleme erwachsen können.

Robin P.: Nicht nur können! Sie sind tagtäglich anzutreffen. Ich beginne mit folgendem Beispiel: Da die Eisenbahnen in die Zuständigkeit der jeweiligen Grafschaft fallen und jene Grafschaftseinteilung aus der Kolonialzeit mit verschiedenen Kolonialmächten und daher unterschiedlichen Spurbreiten stammt, müssen an den Grafschaftsgrenzen Waren umgeladen werden und die Passagiere umsteigen. Das kostet Zeit, Geld und Nerven.

Bürger B.: Ja, aber warum haben die Eingeborenen von Absurdistan das nicht längst vereinheitlicht? Die Kolonialzeit ist doch seit fast fünfzig Jahren vorüber!

Robin P.: So ist es. Aber keine Grafschaft will eigene Kompetenzen an die Landesebene abgeben, geschweige denn an eine andere Grafschaft. Und deshalb bleibt alles so, wie es seit jener Kolonialzeit war. Aber das ist noch längst nicht alles.

Bürger B.: Wirklich nicht?

Robin P.: Nein. Du kannst Dir denken, dass die Kosten für ein solch ineffizientes System enorm hoch sind, sodass die Eisenbahn im Vergleich zum Auto eigentlich viel zu teuer ist. Um die Weiterexistenz der Eisenbahn zu sichern, muss sie aus Steuermitteln stark subventioniert werden.

Bürger B.: Und das akzeptieren die Eingeborenen einfach so?

Robin P.: Die allermeisten schon. Es war halt immer schon so. Doch es kommt noch besser.

Bürger B.: Kann es zu so viel Dummheit denn noch eine Steigerung geben?

Robin P.: Oh ja. Einige sehr kleine Grafschaften sind nicht in der Lage, die Subventionen selbst vollständig aufzubringen. Daher erhalten sie aus einem Fonds, der vom Land und den Grafschaften gemeinsam finanziert und verwaltet wird, Zuweisungen. Diese Mittel dienen nicht nur zur Subventionierung des Schienenwesens, sondern sogar der Bezuschussung der politischen Verwaltung, d.h. die kleinen Grafschaften leisten sich eine Regierung, die sie sich eigentlich gar nicht leisten könnten und erhalten dafür von den anderen, größeren Grafschaften und vom Land das erforderliche Geld, welches sie selbst nicht haben.

Bürger B.: Und die Eingeborenen der größeren Grafschaften lassen sich das einfach gefallen?

Robin P.: In der Tat. Es hat vor einigen Jahren von der politischen Elite, die ansonsten äußerst eifersüchtig auf ihre Zuständigkeiten und Pfründe achtet, den vernünftigen Versuch gegeben, zwei kleinere

Grafschaften zusammenzuführen. Doch dies scheiterte in einer Volksabstimmung in den betroffenen Grafschaften.

Bürger B.: Das gibt es doch nicht.

Robin P.: Ganz genauso hat es sich zugetragen, und die Eingeborenen der größeren Grafschaften nahmen es gleichgültig mit einem Schulterzucken hin, wie mir mein Bekannter aus Absurdistan versicherte.

Bürger B.: Der Schwachsinn scheint dort Methode zu haben.

Robin P.: So sehe ich das auch. Und dafür gibt es auch zahlreiche weitere Beispiele.

Bürger B.: Nenn mir doch bitte einige.

Robin P.: Gerne. Ich erwähnte vorhin, dass die regionalen Straßen Angelegenheit der Grafschaften seien. Die Brücken allerdings werden geplant, gebaut, verwaltet, gewartet und finanziert gemeinsam von der betroffenen Grafschaft, dem Land sowie einer Kommission, die aus allen Grafschaften nach einem komplizierten Proporzsystem gebildet wird. Wenn also z.B. eine Grafschaft eine Brücke neu errichten will, muss sie zunächst einen Antrag beim Land und bei der Kommission einreichen. Daraufhin stellen alle drei – also die Grafschaft, das Land sowie die Kommission – eigene Planungen an. Diese müssen dann in gemeinsamen Sitzungen immer wieder aufeinander abgestimmt werden. Jede beteiligte Planungsabteilung vertritt ihre eigenen Auffassungen und versucht sie natürlich auch durchzusetzen. Bis dann ein Kompromiss gefunden ist, vergeht nicht nur viel Zeit, sondern das Ergebnis ist häufig ebenfalls nicht das vernünftigste. Ein einmal mühsam gefundener gemeinsamer Beschluss wird daher selbst dann nicht mehr in Frage gestellt, wenn sich mittlerweile herausgestellt hat, dass die Brücke eigentlich besser an einem anderen Standort gebaut werden sollte, weil alle Beteiligten für einen erneuten Verhandlungsmarathon viel zu erschöpft sind.

Bürger B.: Es ist wirklich erstaunlich, mit welcher Zähigkeit die Eingeborenen an solch unvernünftigen Ritualen festhalten.

Robin P.: Ja, das habe ich meinem dort beheimateten Bekannten auch gesagt. Dabei nannte er mir eine in der öffentlichen Debatte häufig vorgebrachte Begründung für das so komplizierte Staatsgefüge in Absurdistan, die so unsinnig ist, dass ich es erst nicht glauben wollte.

Bürger B.: Du machst mich neugierig.

Robin P.: Die Befürworter dieses Systems verwiesen allen Ernstes auf die Arbeitsplätze, die hierdurch gesichert würden.

Bürger B.: Das kann doch nicht wahr sein.

Robin P.: Aber ja doch. Ihm selbst war natürlich der Unsinn einer solchen Pseudobegründung klar. Genauso könnte man schließlich behaupten, dass beispielsweise in einem Unternehmen die Computertastaturen nur über den halben Buchstabensatz verfügen, sodass sich beim Schreiben einer Mitteilung immer mindestens zwei Mitarbeiter untereinander abstimmen müssten, weil der eine ja nur immer die Buchstaben eingeben könnte, die auf seiner Tastatur vorhanden sind, um dann die Datei abzuspeichern und sie seinem Kollegen mit den restlichen Buchstaben zur Fertigstellung zu übergeben. Mit einem derart unrationellen Vorgehen könnte man wahrlich viele zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, die allerdings nicht lange am Markt Bestand haben würden.

Bürger B.: Du hast es auf den Punkt gebracht. Es ist dennoch ein weit verbreiteter Irrglaube, Unternehmen oder gar der Staat sollte zunächst einmal möglichst viele Arbeitsplätze schaffen. An dem von Dir vorgebrachten Beispiel wird schnell klar, dass man stets bestrebt sein muss, rationell zu arbeiten, d.h. mit möglichst wenig Mitteleinsatz möglichst viel zu erzeugen. Falls nur einfache Arbeitsstellen ohne Rücksicht auf ihre Effizienz eingerichtet werden sollten, könnte man einfach die Benutzung von Rädern untersagen: Es führen weder Züge noch Autos. Alles müsste von Menschen oder von Lasttieren, die ebenfalls von Menschen geführt werden müssten, transportiert werden.

Robin P.: Ja, es stimmt, was Du sagst. Mir wird jetzt auch klar, dass nicht nur die Leute in Absurdistan solch verrückte Argumente anführen, sondern sie ebenfalls bei uns zu vernehmen sind.

Bürger B.: So ist es. Aber wir vergaßen bisher noch eine weitere mögliche Ineffizienz, die einem solchen System innewohnt, zu erwähnen.

Robin P.: An welche denkst Du?

Bürger B.: Ich weiß zwar nicht genau, wie es in Absurdistan tatsächlich aussieht, aber ich könnte mir gut folgendes vorstellen: Wenn eine Grafschaft eine neue Brücke plant, kalkuliert sie zunächst einmal nur die Kosten, die sie selbst für jene aufzubringen hätte und nicht die Gesamtkosten, welche neben ihrem eigenen Beitrag, infolge der Mischfinanzierung, ebenfalls aus Mitteln des Landes sowie der Kommission zu begleichen wären, nicht wahr?

Robin P.: Ja, so verhält es sich. Aber wo siehst Du ein Problem dabei?

Bürger B.: Ganz einfach. Bei der Planung einer Brücke durch die Grafschaft werden von ihr Kosten und Nutzen gegenübergestellt, wobei sie natürlich nur den eigenen Kostenanteil im Blick hat und eben nicht die Gesamtkosten. Infolgedessen besteht die große Gefahr, dass hinsichtlich der Gesamtkosten die Brücke viel zu wenig Nutzen bringt, weil die Grafschaft eben nur die eigenen Kosten dem erwarteten Nutzen gegenüberstellt. Somit werden in einem derart aufgebauten Staatswesen tendenziell viel zu viele Brücken in Bezug auf ihren Nutzen errichtet, sodass Kosten und Nutzen in keinem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen. Kurz gesagt: Es wird Geld verschwendet, weil es im System so angelegt ist, und die Bürger müssen das Ganze durch zu hohe Steuern letztlich bezahlen.

Robin P.: Jetzt verstehe ich, wie Du das gemeint hast. Und wenn ich mich recht besinne, stehen dort wirklich an Stellen aufwendige Brückenkonstruktionen, die kaum genutzt werden, weil sie fernab der eigentlichen Hauptverbindungswege liegen. Mein Bekannter be-

stätigte mir, dass es einige wenige Einwände von Bürgern zumindest gegen derartig aufwendige Bauweisen gegeben habe.

Bürger B.: Und was ist aus diesen Einwänden geworden?

Robin P.: Sie sind überhaupt nicht berücksichtigt worden.

Bürger B.: Das habe ich mir gleich gedacht. Es liegt halt im wesentlichen an diesem unsinnigen System der Mischfinanzierung verbunden mit komplizierten wie unklaren Verantwortlichkeiten: Niemand hat das Ganze hinreichend im Blick, weil er dafür eben nicht verantwortlich ist. Nur dem kleinen, eigenen Bereich wendet er seine Aufmerksamkeit zu.

Robin P.: Mir wird die Unsinnigkeit immer klarer. Aber hier in Deutschland haben wir doch ein ganz ähnliches System, oder irre ich mich?

Bürger B.: Nein, keineswegs. Auch bei uns hat dieser Wahnsinn Methode. Aber erzähl mir bitte noch ein wenig mehr über Absurdistan.

Robin P.: In Ordnung. Ich wende mich nun dem Schulwesen zu: Die Zuständigkeit hierfür liegt, wie ich vorhin schon sagte, bei den Grafschaften. Jede erstellt zunächst ihre eigenen Lehrpläne, setzt die Klassengrößen und die Prüfungsstandards fest. Um die Unterschiede zwischen den Grafschaften nicht allzu groß werden zu lassen, bilden alle zehn Schulminister eine Kommission, in der die jeweiligen Unterschiede deutlich hervortreten. Daraufhin wird versucht, diese wieder ein wenig abzumildern. Doch dies gelingt nur äußerst unvollkommen, da jede Grafschaft auf ihre Eigenständigkeit penibel bedacht ist. Die Eltern von Schulkindern leiden insbesondere beim Umzug von der einen in eine andere Grafschaft sehr darunter, weil viel Lernstoff in kurzer Zeit nachzuholen ist.

Bürger B.: Das ist eine Unverschämtheit gegenüber den Eltern und vor allem den Kindern!

Robin P.: Das sehe ich genauso, und es ist den verantwortlichen Ministern mit der Zeit wohl auch klar geworden. Allerdings haben sie natürlich nicht ihr Vorgehen grundsätzlich geändert, sondern lediglich versucht, den Unsinn für die Betroffenen erträglicher zu machen.

Bürger B.: Erzähl schon, was den Verantwortlichen in Absurdistan eingefallen ist.

Robin P.: Gerne. Sie haben spezielle Fördergruppen in den Schulen für Kinder von neu Zugezogenen eingerichtet, damit sie den entsprechenden Lernstoff schneller nachholen können.

Bürger B.: Wenn ich es richtig verstehe: Sie halten prinzipiell an dem Schwachsinn fest und versuchen, durch diese Maßnahme, die natürlich infolge zusätzlicher Lehrerstellen und Schulräume entsprechend hohe Kosten verursacht, die negativen Folgen für die Betroffenen ein wenig verkraftbarer zu machen. Die Eingeborenen zahlen also dafür die doppelte Zeche: Erstens weil sie und ihre Kinder unter der Belastung zu leiden haben und zweitens weil sie durch höhere Steuern für die zusätzlichen Lehrer und Schulräume aufkommen müssen.

Robin P.: So ist es.

Bürger B.: Warum wehren sich die Eingeborenen von Absurdistan denn nicht dagegen?

Robin P.: Ich weiß es wirklich nicht. Sie nehmen es anscheinend einfach so hin.

Bürger B.: Das ist wahrlich erstaunlich. Aber wenn ich es so recht bedenke, sind die Zustände hier in Deutschland ganz ähnlich, bis auf die unterschiedlichen Spurbreiten der Eisenbahn. Und die meisten Bürger verhalten sich demgegenüber wie die Eingeborenen von Absurdistan.

Robin P.: Stimmt. Wir sollten die Eingeborenen dort nicht mit allzu viel Häme ob ihrer Dummheit und geistigen Rückständigkeit überschütten, solange es bei uns selbst kaum besser aussieht.

Bürger B.: Damit hast Du wahrscheinlich recht. Wir sollten zunächst einmal vor der eigenen Haustüre kehren.

Robin P.: So ist es. Was könnte man Deiner Meinung nach unternehmen, um die Missstände in Deutschland zu bekämpfen?

Bürger B.: Wahrscheinlich wenig. Aber man sollte den Mut nicht ganz aufgeben und immer wieder durch Argumente versuchen, wenigstens etwas zu bewegen und sei es nur der Moral halber, dass man eben sein bestes gibt, ohne zu wissen, wie viel es letztlich fruchtet.

Robin P.: Das hört sich aber wenig zuversichtlich an.

Bürger B.: Sicher. Nur sollte man sich keinen Illusionen hingeben. Falls jedoch immer mehr Menschen in diesem Lande ihre demokratischen Bürgerpflichten ernster nähmen und sich mit vernünftigen Argumenten in die Politik einmischten, dann würde sich schon vieles ändern. Aber zunächst müssten sie sich erst einmal gründlich informieren, z.B. über wirtschaftliche Zusammenhänge, um sich überhaupt erst ein rational begründetes Urteil bilden zu können. Der von Immanuel Kant sehr schön formulierte Wahlspruch der Aufklärung hat nichts an Aktualität verloren.

Robin P.: Wie lautet jener eigentlich genau?

Bürger B.: Kant brachte es mit folgenden Worten auf den Punkt: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner **selbstverschuldeten Unmündigkeit**. ‚Unmündigkeit‘ ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. ‚Selbstverschuldet‘ ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines Verstandes zu bedienen! Ist also der Wahlspruch der Aufklärung.

Robin P.: Das hört sich wirklich sehr gut an.

Bürger B.: Das sehe ich genauso. Und die meisten Menschen könnten viel mehr diesem Ideal gerecht werden, wenn sie nur wollten. Aber die meisten, gerade auch hier in Deutschland, sind anscheinend viel zu bequem dafür und hängen entweder leicht eingängigen Vorstellungen an oder interessieren sich erst gar nicht für politische wie wirtschaftliche Fragen. Diese selbstverschuldete Unmündigkeit trägt dann natürlich maßgeblich dazu bei, sich nicht einzumischen, weil man vieles nicht versteht. Es ist ja auch viel einfacher, auf ‚die da oben‘ zu schimpfen, als selber etwas zur Verbesserung beizutragen.

Robin P.: Das ist eine wirklich herbe Kritik, aber mir scheint, dass sie durchaus ihre Berechtigung hat, da wir schließlich in einer Demokratie mit weitgehender Meinungsfreiheit und vielfältigem Zugang zu Informationen leben. Der Aufklärung und Einmischung steht, wie Du es eben erwähntest, die Trägheit der meisten Leute entgegen und sonst nichts.

Bürger B.: So verhält es sich wohl. Gleich sind wir am Ziel unserer Zugfahrt und müssen aussteigen. Es war ein sehr interessantes Gespräch mit Dir. Hoffentlich sehen wir uns demnächst einmal wieder.

Robin P.: Ganz bestimmt. Ich bleibe nämlich für die nächsten Monate in Deutschland.

Kurz darauf verabschieden sich beide.

Dieses ausgedachte Gespräch ist nicht weit weg von der deutschen Realität und eine wirklich durchgreifende Änderung zum Besseren ist leider hier in Deutschland genauso wenig zu erwarten wie in Absurdistan!

Der nachfolgende Beitrag ist ein Beleg für diese Einschätzung.